

Antrag der Fraktion DIE LINKE.**Armutsbekämpfung in Bremerhaven und in besonders betroffenen Stadtteilen in Bremen**

Laut einer Studie des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) vom 15. Januar 2010 belegt die Stadt Bremerhaven im „Negativ-Ranking“ der 413 Kreise der Bundesrepublik Deutschland Rang 1 bei den Kindern unter 15 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften (Hartz IV) und bei den Frauen, die auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik besteht nach wie vor die Zielsetzung des Senats, Bremen „zu einem der führenden zehn Technologiestandorte Deutschlands“ zu machen. Unbeschadet der Frage, ob diese Zielsetzung richtig ist: Im Bereich der Armutsbekämpfung existiert keine vergleichbare Zielsetzung des Senats. Der Reichtums- und Armutsbericht des Senats („Lebenslagen in Bremen“) führt eine Vielzahl möglicher Maßnahmen zur Armutsbekämpfung auf. Es gibt jedoch nach wie vor keine integrierte Zielplanung, die mittelfristige Ziele und dafür notwendige Maßnahmen in ein überprüfbares Verhältnis setzt. Dies ist kein zielgerichtetes und geplantes Vorgehen zur Armutsbekämpfung und zeitigt deshalb auch keine Erfolge.

Ein sinnvoller erster Schritt ist eine strategische Planung, die sich zuallererst auf die besonders betroffenen Stadtteile in Bremen und Bremerhaven konzentriert. Die Hartz-IV-Abhängigkeit und die Arbeitslosigkeit sind im Land Bremen vor allem sozialräumlich betrachtet unverträglich hoch. Bei aller Rahmenverantwortung der Bundespolitik kommt der Landespolitik die Verantwortung zu, hier realistische und offensive Ziele zu definieren und diesem Handlungsfeld hohe politische Priorität einzuräumen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) beauftragt den Senat, als Konsequenz insbesondere aus dem BIAJ-Bericht, dem Reichtums- und Armutsbericht sowie der Arbeitsmarktstatistik Maßnahmen im Rahmen eines Masterplans Armutsbekämpfung für die besonders betroffenen Stadtteile Bremens und Bremerhavens zu erarbeiten und der Bürgerschaft (Landtag) vorzulegen. Darin sollen zeitlich gestaffelte Ziele und Indikatoren definiert und Maßnahmen zur Zielerreichung im Sinn eines strategischen Gesamtkonzepts genannt werden, einschließlich Angaben zur notwendigen finanziellen Unterstützung.

Inga Nitz, Walter Müller,
Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE.